

**Jetzt handeln und den Missbrauch von Befristungen stoppen!
Ein Aufruf von Gewerkschafter*innen, von Betriebsräten und Personalräten an
die Politik**

Über drei Millionen Beschäftigte haben in Deutschland nur einen befristeten Arbeitsvertrag. Über die Hälfte der Menschen unter 30 Jahren landen heute in befristeten Jobs. Mehr als die Hälfte der Befristungen ist sachgrundlos, fast jede zweite Neueinstellung ist davon betroffen. Je größer der Betrieb, desto höher der Anteil an Befristungen, oft reihen sich hier Befristungen mit Sachgründen nahtlos an die sachgrundlose Befristung an.

Für die betroffenen Menschen ist diese Situation unerträglich: Sie können sich keine verlässliche berufliche Perspektive aufbauen, haben es schwer, eine Wohnung zu finden, eine Familie zu gründen oder auch nur einen Urlaub mit den Kindern zu planen. Befristet Beschäftigte haben oft auch Angst, sich im Betrieb oder ihrer Dienststelle für ihre Interessen einzusetzen, da sie fürchten müssen, dass ihr Vertrag sonst schlicht nicht verlängert wird: Zukunftschancen werden verbaut, ein Klima der Angst befördert.

Diese Entwicklung muss gestoppt, dem Missbrauch des Teilzeit- und Befristungsgesetzes ein Riegel vorgeschoben werden:

- Sachgrundlose Befristungen gehören abgeschafft,
- Kettenbefristungen deutlich begrenzt,
- Befristungen nach Sachgrund müssen auf ein Minimum reduziert werden; dafür gehören zunächst die Sachgründe „zur Erprobung“ und „begrenzter Haushaltsmittel“ abgeschafft.

Im Koalitionsvertrag heißt es dazu: „Wir haben einen wirklichen Durchbruch bei den Verhandlungen über die sachgrundlose Befristung und Kettenverträge erreicht: Möglichkeiten der befristeten Beschäftigung werden reduziert. Sachgrundlose Befristungen werden wieder zur Ausnahme, das unbefristete Arbeitsverhältnis soll wieder zur Regel werden in Deutschland. Endlose Kettenbefristungen werden abgeschafft.“ Der Bundesarbeitsminister hat dementsprechend einen Gesetzesentwurf vorgelegt.

Wir fordern die Mitglieder der Bundesregierung und die Abgeordneten des Deutschen Bundestages auf, diesen Gesetzesentwurf zu unterstützen und noch in dieser Legislaturperiode zu einem Gesetz zu machen.

Es gibt keinen Grund, das Thema der Befristungen auf die lange Bank zu schieben. Handeln Sie jetzt!

